

Antrag

der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Bernd Neumann (Bremen), Klaus Brähmig, Hermann Gröhe, Klaus Holetschek, Steffen Kampeter, Hartmut Koschyk, Anton Pfeifer, Hans-Peter Repnik, Dr. Wolfgang Schäuble, Margarete Späte, Erika Steinbach, Dr. Rita Süssmuth, Arnold Vaatz, Wolfgang Zöllner und der Fraktion der CDU/CSU

Zentrum gegen Vertreibungen

Der Bundestag wolle beschließen:

Das Thema „Vertreibungen“ ist weltweit und auch in Europa nach wie vor von hoher Aktualität. Vertreibungen sind keine überwundenen Ereignisse der Geschichte, sondern tägliche Vorgänge, die trotz schwerster Menschenrechtsverletzungen an Schuldlosen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit im allgemeinen Bewusstsein kaum präsent sind.

Deutschland hat aufgrund seiner historischen Erfahrungen und des leidvollen Schicksals von mehr als 15 Millionen Vertreibungsoptionen ein besonderes Verhältnis zu den Ursachen wie den Folgen von Vertreibungen. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Aufarbeitung von Geschichte und Schicksal der davon betroffenen Menschen.

Bis heute gibt es in Deutschland keinen Ort, an dem die Gesamtheit der Vertreibungen aufgearbeitet und dokumentiert wird, und der als zentrale Informations- und Begegnungsstätte öffentlich zugänglich ist. Der Deutsche Bundestag hält daher ein solches Zentrum für überfällig und erforderlich.

Aus diesem Grunde begrüßt der Deutsche Bundestag die überparteiliche Initiative der gemeinnützigen Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, die weltweite Vertreibungen dokumentiert und Wege zur Völkerverständigung und Versöhnung aufzeigt.

Ein Projekt von dieser Dimension, das Kultur, Schicksal und Geschichte der Vertriebenen im Zusammenhang erfahrbar macht, ist auch eine gesamtpolitische Aufgabe und bedarf sorgfältiger inhaltlicher und organisatorischer Vorbereitung.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

- die Grundlagen für eine konstruktive inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit mit dem Zentrum gegen Vertreibungen zu schaffen;
- die konzeptionellen Voraussetzungen, die zur Realisierung eines Zentrums gegen Vertreibungen nötig sind, auch im Zusammenhang mit bestehenden Gedenkstätten besonders in Berlin zu schaffen;
- ein geeignetes Gebäude in Berlin als öffentlich zugänglichen Ort der Forschung, Dokumentation und Ausstellung vorzuschlagen und bereitzustellen;

- eine Klärung der möglichen Bereitschaft der Länder, sich an dem Projekt zu beteiligen, herbeizuführen;
- auf Basis dieser Grundlagen ein Konzept zur Finanzierung zu entwickeln.

Berlin, den 19. März 2002

Dr. Norbert Lammert
Bernd Neumann (Bremen)
Klaus Brähmig
Hermann Gröhe
Klaus Holetschek
Steffen Kampeter
Hartmut Koschyk
Anton Pfeifer
Hans-Peter Replik
Dr. Wolfgang Schäuble
Margarete Späte
Erika Steinbach
Dr. Rita Süßmuth
Arnold Vaatz
Wolfgang Zöllner
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion